



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Oestreich und die freien Conferenzen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Oestreich und die freien Conferenzen.

In Dresden wird am Schluß des Jahres der Congreß zusammentreten, welcher endlich definitiv über die deutsche Verfassung und die schwebenden politischen Fragen entscheiden soll. Seit langer Zeit erwartet die preußische Regierung Sühne und Frieden von dieser „freien“ Vereinbarung, Oestreich hat scheinbar zögernd und widerwillig denselben Weg betreten, die Völker warten verstimmt und mißtrauisch, und so groß ist die Abspannung, die Ermüdung, der Ueberdruß an der politischen Unsicherheit der letzten Jahre, daß einer großen Menge von Deutschen bereits jede Vereinigung unter jeder Bedingung genehm wäre.

Aber selbst diese desperate Friedenspolitik hat keine Aussicht, durch die Conferenzen befriedigt zu werden. Es muß vielmehr Solchen, welche die gegenwärtige Situation der deutschen Staaten scharf in's Auge fassen, ganz unverständlich bleiben, wie überhaupt bei diesen freien Conferenzen irgend etwas Dauern- des herauskommen soll. Es ist zur Zeit nicht möglich, die Pläne der östreichischen und preußischen Regierung vollständig zu erkennen, wohl aber liegt das Elend unserer Verhältnisse klar vor Aller Augen, und es ist nicht schwer, daraus Schlüsse zu ziehen über das Mögliche und Rathsame. — Allerdings läßt sich nicht ableugnen, daß es der großen Staatsklugheit der beiden großen Regierungen bereits öfter gelungen ist, das Unmögliche möglich und das Unglaubliche wirklich zu machen.

Daß aber die freien Conferenzen dem gemeinen Menschenverstand wenig Hoffnung auf eine Consolidirung der deutschen Verhältnisse geben, und daß gar nicht abzusehen, wie etwas durch sie erreicht werden kann, außer Veranlassung zu neuen Zerwürfnissen, das wünschen die folgenden Zeilen anzudeuten.

Die Beendigung des kurhessischen und holsteinischen Verfassungskampfes soll, so verhängnißvoll beide Actionen auch für die Zukunft Deutschlands sein mögen, doch nicht die Hauptaufgabe dieser diplomatischen Conferenzen sein. Die Revision der Bundesacte und die neue Constituirung des Bundes sind in Aussicht gestellt. Der neue deutsche Bund muß nach Analogie der Bundesacte und um

dem gegenwärtigen Bedürfniß der Regierungen zu genügen, zum wenigsten Folgendes enthalten: Offensiv- und Defensivbündniß der einzelnen Staaten des Bundes; Constitution eines Bundesgerichts für Streitigkeiten der Staaten unter einander und der Regierungen mit der Volksvertretung; Organisation für Gesetzgebung in Bundessachen; Verwaltung des Bundeseigenthums, der Festungen und Flotten; und Zusammensetzung der Bundesbehörde. — Die neue Organisation eines „Bundesheers“ verliert bei der veränderten Construction des österreichischen und preussischen Staates an Bedeutung; eine gemeinsame Vertretung durch Bundesgesandte und Consuln im Ausland ist ohne Wichtigkeit, da Preußen und Oestreich ihre eigenen Gesandten nicht aufgeben können, und da die Zollsysteme und Verkehrs Gesetze der Bundestheile sehr verschieden sind, und divergirende, oft einander widersprechende Interessen nicht durch dieselben Personen (Gesandte, Geschäftsträger, Consuln) wahrgenommen werden können; von einer Repräsentation der Völker bei diesem Bund wird vorläufig abzusehen sein, da sie weder für die Regierungen noch für die Völker wünschenswerth wäre, und der größte Theil der österreichischen Unterthanen der deutschen Sprache gar nicht mächtig ist, die Preußen, Sachsen, Baiern u. s. w. aber in slavischer oder walachischer Sprache ebenfalls nicht debattiren können.

Die Grundlage des neuen Bundes muß ein Offensiv- und Defensivbündniß der Bundesstaaten sein.

Es war dies die erste Bestimmung auch der alten Bundesacte. Diesem Bündniß könnte Oestreich entweder mit den „deutschen“ Ländern beitreten, wie im alten Bunde geschehen, oder mit seinem gesammten Gebiet. Tritt Oestreich nur mit einem Theil seiner Länder bei, so nehmen natürlich auch nur diese an den Pflichten und Rechten Theil, welche der Bund auferlegt. Bundestruppen dürften nur aus ihnen gestellt werden, und etwaige Bundesgesetze würden nur für sie, und nicht für alle Theile des Reiches gelten. Dies aber wäre entschieden gegen das Princip des jetzigen Oestreichs. Die Truppenkörper Oestreichs sind recht absichtlich aus Mannschaften der verschiedensten Landestheile zusammengesetzt, und in Gesetzgebung und Administration eine vollständige Einheit durchzuführen ist die Hauptthätigkeit des Cabinets Schwarzenberg. Es scheint unmöglich, daß grade dies Ministerium die blutig zusammengesetzte Einheit des Kaiserstaates wieder in zwei Theile zerreißen sollte, selbst wenn diese Theilung mehr theoretisch als praktisch wäre. Ferner aber ist Oestreich ein constitutioneller Staat; er wird es unrettbar, so wenig sein gegenwärtiges Regiment dem Begriff einer constitutionellen Regierung entspricht. Der Reichsrath wird gegenwärtig aus den Autoritäten der einzelnen Kronländer zusammengesetzt, ein Reichstag wird folgen, die Finanzen und durch unglückliche Reformen herbeigeführte Desorganisation einzelner Landestheile werden ihn endlich unvermeidlich herbeiführen. Jede einheitliche Repräsentation des Volkes aber, und sei sie noch so roh und mangelhaft, macht

das theilweise Eintreten in den Bund höchst bedenklich, ja unausführbar. Denn es ist zwar möglich, das Verhältniß der Gesetze beratenden oder auch nur Geld bewilligenden Volksvertretung zur Bundesbehörde zu regeln, wenn der ganze Staat dem Bunde zugehört; aber es ist unmöglich, die Rechte und die Stellung der Volksvertretung zu demselben Bunde gesetzlich zu regeln, sobald ein Theil der Volksvertreter aus zum Bunde gehörigen Provinzen, ein Theil aus nicht zum Bunde gehörigen Ländern gewählt ist. Entweder hat der Reichsrath und Reichstag nach Bundesgesetz kein Recht, gegen Beschlüsse des Bundes irgend etwas einzuwenden, dann wird der nicht zum Bund gehörige Theil der Volksvertretung gegen die Beschlüsse des Bundes protestiren, denn er hat das Recht dazu; oder die Volksvertretung hat bei Bundesbeschlüssen irgend mitzusprechen, und dann würde in Oestreich über Bundesfachen durch einen Rath beschlossen werden, welcher zur großen Hälfte aus Bundesfremden besteht; ein Verfahren, gegen das andere Bundesglieder sogleich protestiren müßten. Aus diesen Gründen ist es unmöglich geworden, daß Oestreich an irgend einer Bundesorganisation Theil nimmt, welche nur einem Theil seines Reiches Rechte und Pflichten auflegt. Es muß mit dem ganzen Gebiet beitreten.

Die unmittelbare Folge davon aber ist, daß Preußen und die übrigen deutschen Staaten die Verpflichtung übernehmen, Oestreichs ganzen Besitz zu garantiren, und ihm Hülfe zu leisten, so oft es die Bundeshilfe gegen seine innern und auswärtigen Feinde anruft: in Kroatien gegen die Serben, in Italien gegen Sardinien, Frankreich und England. Im Jahre 1815 hatten Preußens Staatsmänner so viel Weisheit einzusehen, daß für die außer-deutschen Besitzungen Oestreichs am wenigsten von Preußen eine dauernde Bundesverpflichtung übernommen werden dürfe, nicht aus purer Feindseligkeit gegen Oestreich, sondern weil die Lage u. s. w. Preußens eine andere Stellung zu England nöthig macht. Und selbst jetzt im Jahre 1850 muß man sich scheuen, einem preußischen Staatsmann die verhängnißvolle Kurzsichtigkeit zuzutrauen, daß er in eine Föderation unter solchen Bedingungen willigen könnte. Wenn preußische Truppen die guten Dienste Rußlands in Ungarn oder Italien verrichten — wenn das ein Resultat der Olmüzer Conferenzen wird — so werden die Preußen einst den Frieden von 1850 und den Mann, der ihn zu vermitteln wagte, verfluchen. Es ist aber nicht zu hoffen, daß durch längere Jahre ein Zusammenstoß in Italien oder blutige Kämpfe im Donaugebiet vermieden werden.

Für das Oestreich des Fürsten Schwarzenberg aber ist eine solche Föderation seines gesammten unsicheren Besitzes mit den deutschen Staaten, zumal mit Preußen, allerdings die günstige Lösung einer Lebensfrage. Zu tief schmerzte jetzt nachträglich die Demüthigung der russischen Hülfe, und zu beunruhigend wird die patronisirende Freundschaft des Czarenhofes, dessen Paladine sich keine Mühe geben, den Mexpris zu verhehlen, mit welchem sie die loyalen östreichischen

Phrasen von Freundschaft und gegenseitiger Hochachtung betrachten. Gegen Rußlands Freundschaft, gegen die schmäbliche Abhängigkeit vom russischen Interesse gibt es für den „neuen“ Staat, der noch zu gelähmt ist, um allein zu stehen, kein besseres Band als die Verbrüderung mit den deutschen Staaten. Und noch Zweierlei wird dadurch erreicht, außer der größern Unabhängigkeit von St. Petersburg. Erstens die Möglichkeit den deutschen Geist, welcher Oestreichs Bildung in unablösbarer Abhängigkeit hält, nach den Bedürfnissen des Kaiserhauses zu zügeln, und zweitens, Preußen von seiner Bestimmung: ein abgerundeter, also starker und großer Staat zu werden, so lange als möglich fern zu halten. Das Alles erreicht Oestreich, wenn es mit seinem Gesamtgebiet in den Bund tritt. Es ist ein großer und vortrefflicher Sieg, an den das Cabinet noch vor einem Jahr nicht dachte; er ist gewonnen ohne Blutvergießen und Gefahr; durch einige Stillübungen, einige Malicen; einige kleine Intriguen der kaiserlichen Diplomaten und durch die Haltung des preussischen Cabinets, für welche schwerlich in unserer Sprache ein bezeichnendes Prädicat zu finden ist.

Es ist nicht die Absicht, hier auszuführen, daß die Hoffnung der oestreichischen Diplomaten, eine freie Position gegen Rußland zu gewinnen, vergeblich sein wird. Der Bund sei geschlossen, preussische Landwehren sollen helfen, die auffässigen Ungarn in Arad zu füsiliren, oder italienische Frauen in Brescia aufzuschneiden; Preußen und Oestreich helfen zusammen den kleinen Regierungen ihre Demokraten einsperren und auffässige Kammermitglieder durch starke Einquartierung beruhigen; brüderliche Gesinnung stellt sich ein, und Friede und Freundschaft herrscht in Deutschland und Oestreich; der neue Bund hat die schwachen Staaten in ihrer Scheinsouveränität erhalten und Preußen und Oestreich regieren dieselben gemeinschaftlich, so leise und selten gegen einander intriguirend, als nur möglich.

Wie aber will der Bund regieren? Preußen und Oestreich haben die Veränderungen auch in ihrer Stellung zum Ausland erfahren, welche eine jede Verfassung nothwendig mit sich führt. Die Volksvertretung, welche das Bewußtsein und Selbstgefühl der Nation darstellt, ist überall eifersüchtig auf jede Gewalt, welche ihren Antheil an der Staatsregierung zu beschränken droht; als Wächter für die Ehre und Freiheit des Staates kann und wird sie nirgend ertragen, daß die Souveränität ihres Staates, die Gesetzgebung und Politik der Heimath, bestimmt und gemodelt wird durch einen hohen Rath der Regierungen, welcher unverantwortlich und außer dem Bereich der Landesgesetze waltet, und doch von ihr, der Volksvertretung des einzelnen Staates bezahlt wird; denn sie muß alljährlich ein Budget genehmigen, zu welchem auch die Bundescontribution des Staates gehört. — Noch mehr, in der Verfassung Preußens (auch der projectirten von Oestreich) hat die Volksvertretung ihre Genehmigung zu der neuen Bundesverfassung zu ertheilen. Es ist keine Aussicht, daß sie diese Genehmigung ertheilen wird, ohne jede Garantie genommen zu haben gegen die Destroyirung

von Bundesgesetzen für Preußen. Die Kammern müssen fordern, daß kein Gesetz des Bundes Gesetzeskraft in Preußen erhält, ohne der Kammern Genehmigung. Welche Aussicht für die Zukunft! Vom ersten Tage des Bundes ab wird gegen denselben ein erbitterter und unaufhörlicher Kampf in den einzelnen Kammern entbrennen, und die Volksvertretung Preußens wird die Führerschaft in diesem Streit übernehmen. So wird eine tödtliche Feindschaft entstehen zwischen dem Bund und dem constitutionellen Leben der einzelnen Staaten; vergebens wird die Bundesregierung sich im Anfang mühen liberal zu sein, und mit Verwunderung werden die Liberalen sehen, daß sie über Nacht antideutsch, specifische Patrioten geworden sind.

Das Ende dieses Kampfes zwischen dem Bund und dem repräsentativen System wird entweder Unterdrückung des letztern, oder Sprengung des Bundes; im erstern Fall der Beginn einer neuen Revolution gegen die Throne, im zweiten freie Vereinigung deutscher Staaten außer Oestreich zu einem Bundesstaat.

Wie gering auch die Befugniß der Centralbundesbehörde gegenüber den einzelnen Staaten sei, ihre Thätigkeit wird der Volksvertretung der größeren Staaten immer Veranlassung und Recht zu kräftiger, mißtrauischer Opposition geben, denn fast Alles, was die Executive veranlassen kann: Gesetze, Geldbeiträge, Truppenbewegungen, fällt direct oder indirect der Beurtheilung durch die Volksvertretung der Einzelstaaten anheim. — Es ist nicht möglich, größere constitutionelle Staaten durch eine Diplomatenverbindung zu regieren, es ist auch nicht möglich, Oestreich und die deutschen Staaten durch eine Centralrepräsentation der Völker zusammenzulöthen. Hoffnungslos und resignirt muß der Einzelne diese freien Conferenzen als einen neuen unglücklichen Versuch betrachten, unvermeidliche Conflicte zu umgehen, als eine unglückverheißende Einführung innerer Widersprüche und eine Vergrößerung der Schwierigkeiten, welche den Ausbau Preußens und Deutschlands verhindern. Ein Bündniß zwischen Deutschland und Oestreich kann nur bestehen, wenn es mit Regieren und executiver Gewalt nichts zu thun hat.

Rußland soll im Anfange den Eintritt des ganzen Oestreichs in einen deutschen Bund mit Unruhe betrachtet haben. Ohne Zweifel hat es sich überzeugt, daß dieser Bund dazu dienen kann, die Eifersucht zwischen Oestreich und Preußen in das Gebiet gefahrloser Intriguen und politischer Spielereien hinüberzuleiten, daß er Rußlands Einfluß auf Deutschland aber noch vergrößern wird, weil der Czar nicht mehr nöthig hat, selbstständige Launen einzelner Staaten zu fürchten, und weil die Opposition der liberalen Partei gegen den Bund die Regierungen dem Princip Rußlands immer mehr nähern wird. Ihm ist der Bund eine Lebensversicherung der deutschen Regierungen, und er wird nöthigenfalls die Kräfte dieser Societät für seine Zwecke benutzen. — Es ist auch möglich, daß England, von welchem schon längst die preussische Regierung achselzuckend aufgegeben wurde, sich bestimmen läßt, den Bund trotz

dem Eintritt der Ungarn und Italiener anzuerkennen, obwohl daran noch zu zweifeln ist. Es würde anerkennen, in der Aussicht, in der letzten, traurigen welche auch uns bleibt: daß dies Bündniß, falls es überhaupt zu Stande kommt, vom Tage seiner Geburt an so viele Keime des Todes entwickeln wird, daß dauernde Gefahren für die liberale Partei in Deutschland davon kaum zu fürchten sind.

### Schlesische Gedichte von Karl v. Holtei.

(Breslau, Trewendt 1850.)

In neuem Rocke sitzen die kleinen Verse zusammen, welche seit einer Reihe von Jahren das Herz der Schlesier erfreut haben. Gar wenig kennt man in dem übrigen Deutschland das schöne Grenzland gegen Polen, wo die gelbe Oder noch jung und unruhig durch weite Thalsflächen zieht und der Granitwall des Gebirges von gräulichen Riesen gegen das alte Hussitenland Böhmen aufgeworfen ward. Und wenig kennt man das Volk, das dort zwischen Berg und Stromthal lebt; es wohnt ein bischen entlegen, und im Winkel. Das fühlt man in Schlessien und sendet deshalb Boten durch die deutschen Lande, damit sie als gute Schreier, als Maler, Dichter, Musiker, Schauspieler der Menschheit verkünden, was für Leute hinter den alten Bergen wohnen. Auch Holtei ist ausgesandt worden, schlesische Laune, Sitte, Poeterei und Sprache in der Welt zu verbreiten, und den Schlesiern Ruhm zu verschaffen. Und er hat ihn redlich verschafft. Er ist unglaublich viel herumgereist und hat ungeheuer viel gethan, sein Vaterland berühmt zu machen; hat Stücke geschrieben, Lebensläufe verfaßt, Gedichte gemacht, Komödie gespielt, Theater regiert, gesungen und vorgelesen; Alles mit Gemüthlichkeit und Gefühl, wie es dem Schlesier geziemt. Auf dem deutschen Parnas, welcher übrigens jetzt etwas flach geworden ist und gar keinen unangenehmen Gipfel mehr hat, sitzen sehr viele Schlesier — ich glaube, die Hälfte aller vorhandenen Poeten sind Schlesier — aber Holtei ist der größte; in allen Orten Deutschlands sitzen sehr viele behagliche und ausgezeichnete Menschen, welche sich von andern Menschen dadurch unterscheiden, daß sie bei dem Mittagessen sagen: „Suppen ber of ä brinkel“ und nach dem Essen: „Wohl gespeißt zu haben“, aber von allen diesen kann keiner die Worte so sagen, wie der behaglichste und ausgezeichnetste unter ihnen, nämlich Holtei. Es ist hier durchaus nicht die Absicht, Holtei's Verdienste um Literatur und Theater auszuführen, es ist jetzt nur Holtei der Schlesier, um den es sich handelt, denn er ist der ächte und unverfälschte Repräsentant der Em-